

Hände weg vom Streikrecht! Kein Gesetz zur Tarifeinheit!

Jedes Gesetz zur Tarifeinheit ist ein Eingriff in die Tarifautonomie (Art. 9 GG), es schadet und schwächt die Arbeitnehmerseite und ihre Gewerkschaften. Selbst wenn das Gesetz kein Wort zum Streikrecht enthält, wird die Erstreckung des Tarifvertrages einer Mehrheitsgewerkschaft zwangsläufig zu einer Einschränkung des Streikrechtes führen, da die Rechtsprechung keine Möglichkeit hat, eine andere Lösung zu finden.

Deshalb haben die DGB Gewerkschaften auf ihrem Bundeskongress im Mai 2014 bei der Diskussion des Themas Tarifeinheit einstimmig einen Beschluss gefasst: „keine Eingriffe ins Streikrecht“!

Die aktuelle Debatte um Streiks der Spartengewerkschaften bei der Deutschen Bahn und den Piloten der Lufthansa lenkt den Blick von den wirtschaftlichen Realitäten ab.

Beispiel Flughafen:

Vor einigen Jahrzehnten waren Menschen, die Flugzeuge säubern, Essen und Trinken für die Passagiere besorgten, Gepäck beförderten, Passagiere auf gefährliche Gegenstände durchsuchten, Piloten und Kabinenpersonal, noch Beschäftigte von ein oder zwei Firmen, der Fluglinie und dem Flughafenbetreiber. Beide unterfielen u.U. (Lufthansa) sogar denselben Tarifverträgen, denen des öffentlichen Dienstes. **Ein gemeinsamer** Arbeitskampf am Flughafen wurde um Lohnerhöhung **für alle** geführt.

In der Zwischenzeit sind aus ein oder zwei Unternehmen ca. 20 oder mehr verschiedene Firmen geworden, die sogar zu verschiedenen Branchen gerechnet werden können: fliegendes Personal, Flugzeugabfertigung am Boden, Cateringfirmen, Flugzeugreinigung, Passagierkontrolle, Gepäckkontrolle, Flughafenbetreiberfirma, Flughafenfeuerwehr usw. Dazu kommen noch Leiharbeiterinnen und Subunternehmen sowie Scheinselbstständige. Das sind weitere am Flughafen vertretende Firmen. Manchmal gibt es sogar zwei verschiedene Firmen, die bewusst gegeneinander in Konkurrenz gestellt werden. Das gilt am BER für die Bodenverkehrsdienstleister. Jede dieser Firmen hat einen anderen Tarifvertrag, wenn sie überhaupt tarifgebunden sind. Damit sind völlig legal genauso viele Arbeitskämpfe möglich wie es Firmen gibt. Sie können zeitlich aneinander anschließen. An dieser Situation und den daraus resultierenden Folgen für

Arbeitskämpfe, werden die geplanten Gesetze zur Tarifeinheit nichts ändern.

Die DGB Gewerkschaften haben die Zersplitterung von Unternehmen bekämpft und bekämpfen sie noch. Tarifflucht, Ausgründung, Privatisierung und Betriebsübergang hießen die Werkzeuge der Täter.

Unsere Überzeugung ist, dass ein **Gesetz** zur Tarifeinheit nur den Arbeit-

Überzeugung statt Zwang
Ein Betrieb -
eine Gewerkschaft!

gebern Vorteile bringen wird. Spartengewerkschaften sind nicht auf dem gleichen Weg wie die DGB Gewerkschaften. Eine Zergliederung in Berufsgruppen wird immer einzelne bevorzugen und alle anderen benachteiligen. Für ver.di gilt: alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen tragen zum wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens bei, die Putzfrau genauso wie die Techniker. Deshalb sind sie am erfolgreichsten, wenn sie solidarisch gemeinsam im gleichen Arbeitskampf für die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen eintreten und im Streik Seite an Seite für alle kämpfen!

Ver.di fordert: Macht kein Gesetz zur Tarifeinheit!

Für ver.di gilt, der beste Weg ist: **Aus Überzeugung ein Betrieb, eine Gewerkschaft!**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Umfassendes Streikrecht

„Der DGB verteidigt ein umfassendes Streikrecht gemäß Artikel 9 Abs. 3 GG sowie gemäß Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta, den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).“



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**